

Frau Vorsitzende, liebe Kolleginnen und Kollegen,

das Thema Mühltschule eignet sich anscheinend für Jungfernreden in diesem Kreistag. Nach der ersten Rede des Kollegen Merker in der letzten Sitzung darf auch ich nun zu diesem Thema meine erste Rede halten.

Die CDU-Fraktion unterstützt diesen mittlerweile gemeinsamen Antrag aller Fraktionen und wird ihm folglich auch zustimmen. Das Hauptaugenmerk sollte aus unserer Sicht auf der politischen Einflussnahme auf die negative Entscheidung der Kultusministerin betreffend der Einrichtung einer weiterführenden Schule in Mühlthal liegen. Gleichwohl stellt die Einreichung einer Klage die einzige juristische Möglichkeit dar, gegen den Bescheid des HKM vorzugehen. Der Ablehnungsbescheid erlangt durch die Klageeinreichung keine Bestandskraft. Allerdings dauert solch ein verwaltungsrechtliches Klageverfahren mindestens zwei bis drei Jahre und diese Zeit von Untätigkeit ist den Mühlthaler Kindern und deren Eltern so lange nicht zuzumuten. Vielmehr muss ein solcher Zeitraum zur weiteren Diskussion mit dem HKM genutzt werden, um doch noch eine einvernehmliche Lösung erzielen zu können. Das Klageverfahren muss nicht zwingend mit einer Entscheidung des Verwaltungsgerichts, sondern kann auch mit einem Vergleich oder einer Rücknahme des Ablehnungsbescheids enden. Das Projekt Mühltschule ist parteiübergreifend und von einer sehr engagierten Elterninitiative sowie der Gemeinde Mühlthal mit Bürgermeisterin Dr. Astrid Mannes an der Spitze geprägt und begleitet worden. Daher sollten wir nun parteiübergreifend gemeinsam mit der Gemeinde

Mühlthal in Gesprächen mit dem HKM versuchen, diese Entscheidung zu revidieren. Ich darf an dieser Stelle auch an den einstimmigen Beschluss der Gemeindevertretung Mühlthal zur zustimmenden Haltung zur Errichtung einer weiterführenden Schule für die Gemeinde Mühlthal am 6. September 2011 erinnern. Selbstverständlich sind einige Formulierungen wie („Dessen ungeachtet muss ich selbst bei allem Wohlwollen feststellen, dass eine weiterführende Schule in der Region nicht vonnöten ist.“) und Argumente des vorliegenden Ablehnungsbescheids nur sehr schwer oder gar nicht nachvollziehbar. Gerade das Argument der Gefährdung des Schulstandorts in Lautertal-Gadernheim mit fünf Schülerinnen und Schülern aus Modautal ist nicht einleuchtend. Immerhin würde die neue Schule in Mühlthal einen direkten Einzugsbereich von 19.000 Einwohnern (14.000 aus Mühlthal und 5.000 aus Modautal) haben. Diese Argumente und auch die prognostizierten Schülerzahlen sowie die schulpolitische Entwicklung in Darmstadt müssen aus unserer Sicht in einer ehrlichen und direkten Diskussion mit dem HKM geklärt werden. Hierzu sind wir ausdrücklich bereit, unseren politischen Anteil zu leisten.

Daher werden wir diesem Antrag zustimmen. Vielen Dank!